

Kultur & Gesellschaft

Künstlerin will ihre Werke zurück

Streit um Bührle-Sammlung Die Schweizerin Miriam Cahn meldet sich in einem offenen Brief zum Streit um die Bührle-Sammlung im Kunsthaus Zürich zu Wort.

Christoph Heim und
Andreas Tobler

Miriam Cahn, Basler Künstlerin von Weltruf, will ihre Bilder wegen der Causa Bührle aus dem Kunsthaus Zürich zurückziehen. In einem offenen Brief schreibt die 72-jährige, dass sie als Jüdin nicht mehr im Kunsthaus vertreten sein wolle und deshalb ihre Bilder «zum Originalpreis des Ankaufs zurückkaufen» werde.

Cahn reagiert damit auf eine Medienkonferenz des Kunsthauses und der Stiftung E. G. Bührle von vergangener Woche. An diesem Anlass beharrten Kunsthaus und Bührle-Stiftung auf ihren Positionen und wiesen Kritik am Dokumentationsraum und an der Provenienzforschung zurück.

Besonders hohe Wellen schlugen Äusserungen von Bührle-Stiftungs-Präsident Alexander Jolles: Der Jurist, der sich seit vielen Jahren mit Restitutionsfragen beschäftigt, erklärte an der Medienkonferenz vor einer Woche, dass alle Ansprüche auf Bilder aus der Bührle-Sammlung verjährt seien. Und dass nicht jedes Rechtsgeschäft, das ein jüdischer Emigrant in der Schweiz, in den USA oder in einem anderen nicht besetzten Gebiet während des Zweiten Weltkriegs getätigt habe, «primär einmal als verfolgungsbedingt erzwungen betrachtet werden kann».

Vielmehr müsse zur Kenntnis genommen werden, dass es während der Zeit des Zweiten Weltkriegs auch «einen ordentlichen Handel» gegeben habe. «Millionen von Leuten haben im Krieg gelitten, haben ihr Leben verloren, haben ihr Hab und Gut verloren, aber Millionen haben weitergelebt und in einem ordentlichen normalen Handel weitergelebt, in der Schweiz und anderswo. Das muss auch berücksichtigt werden», sagte Jolles.

«Dummer Leihvertrag», «billiger Ablasshandel»

Auf diese Äusserungen von Alexander Jolles reagiert nun die Künstlerin Miriam Cahn. Als Jüdin denke sie nicht daran, «den üblen Inhalt dieser Bemerkungen von Herrn Jolles zu entschlüsseln – erkläre Antisemiten niemals ihren Antisemitismus!». Cahn kritisiert aber an Jolles' Äusserungen den Gebrauch von antisemitischen Stereotypen: «Aha? Gestorben? Nicht ermordet? Und Juden können es schon immer in Handel- und Geldgeschäften?»

Miriam Cahns Kritik gilt im Weiteren der «undurchsichtigen Gemengelage zwischen Kunsthaus, Stadt, Bührle-Stiftung und Wissenschaft», die zu einem «dummen Leihvertrag» geführt habe. Den Leihvertrag, der 2012 abgeschlossen wurde, bezeichnet sie als «billigen Ablasshandel» der Bührles, die von ihren Waffendeals ablenken und die Herkunft des Geldes, das für den Kauf der Bilder eingesetzt worden sei, vertuschen wollten. Im Unterschied zum Kunsthaus Zürich hätten die Kunstmuseen Basel und Bern einen vorbildlichen Umgang mit Raub- und Fluchtkunst sowie NS-Verfolgungsbedingten Vermögensverlusten gefunden, schreibt Cahn weiter



Möchte ihre Werke vom Kunsthaus «zurückkaufen»: Die Basler Künstlerin Miriam Cahn. Foto: Adrian Moser



Alexander Jolles, Corine Mauch. Fotos: PD/Keystone

und gibt zu bedenken: «Kunst kaufen wäscht nicht weiss! Kunst sammeln macht nicht zum besseren Menschen.»

Björn Quellenberg vom Kunsthaus Zürich erklärt auf Anfrage, das Kunsthaus selbst habe noch keinen Brief von Miriam Cahn erhalten. Dennoch äussert sich Quellenberg zu Cahns offenem Brief und kommentiert ihn wie folgt: «Weder Frau Cahn noch

andere Künstlerinnen oder Künstler haben dem Kunsthaus die Absicht eines «Rückzugs» mitgeteilt. Ein Werk, das dem Kunsthaus verkauft worden ist und sich im Eigentum der Zürcher Kunstgesellschaft befindet, kann nicht «zurückgezogen» werden.»

Entgegen einer Aussage von Quellenberg, das Zürcher Museum besitze nur ein Bild von Miriam Cahn, teilt die Künstlerin auf Anfrage mit, das Kunsthaus habe mindestens drei Arbeiten von ihr in seiner Sammlung. Neben der Arbeit «Handelsschiff» von 1982, die sich im Onlinekatalog des Kunsthauses findet, befindet sich in der Kunsthauussammlung auch noch ein Video, das in einer Ausstellung im neuen Kunsthaus-Erweiterungsbau zu sehen ist. Zudem eine grosse Rauminstal-

lation mit mehreren Zeichnungen, die ungefähr um das Jahr 1990 im Kunsthaus ausgestellt war und dann angekauft wurde.

Entschuldigung für «Ungeheuerlichkeit»

Alexander Jolles weist die Kritik von Miriam Cahn an seinen Äusserungen auf Anfrage zurück: Er sei sich «nicht bewusst, mich antisemitisch geäussert zu haben». Falls dieser Eindruck entstanden sein sollte, «würde ich dies sehr bedauern», schreibt Jolles. Er hege keine antisemitische Gesinnung und «stehe der jüdischen Gemeinschaft mit grösstem Respekt und dem Holocaust mit Entsetzen gegenüber».

Zudem betont Jolles, dass er in seinen umstrittenen Äusserungen von den Menschen und

nicht von den Juden im Krieg gesprochen habe. «Ich wollte damit bloss sagen, dass aus heutiger Sicht nicht jede wirtschaftliche Transaktion während der Kriegszeit per se als verdächtig gelten kann, sondern dass es darum geht, in jedem Einzelfall zu beurteilen, ob Umstände vorliegen, die im konkreten Fall verfolgungsbedingt waren.» In jedem konkreten Fall müsse geprüft werden, «ob eine Transaktion, ein Verkauf, zu gerechtfertigten oder unter zwangsweisen und wirtschaftlich nicht regulären Bedingungen» erfolgt sei. «Sollte jemand aus dieser Feststellung den falschen Schluss gezogen haben, ich sei antisemitisch, würde ich dies im höchsten Masse bedauern», so Alexander Jolles.

Miriam Cahn ist mit ihrer Kritik am Kunsthaus und an der Bührle-Stiftung nicht allein. Auch der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) reagierte vergangene Woche empört. An der Medienkonferenz sei «eine teilweise sehr verzerrte Darstellung der historischen Tatsachen präsentiert» worden, schrieb der SIG. Dies sei eine «wenig konstruktive und unnachgiebige Haltung» und für den SIG «erschreckend».

Noch schärfer kritisiert wird das Kunsthaus von der Organisation Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina (JVJP). Der Organisation gehören gemäss eigener Darstellung Nachkommen von Familien an, «die viel Leid durch den Holocaust und damalige antisemitische behördliche Handlungen in der Schweiz erlebt haben».

Wie der SIG kritisiert auch die JVJP die Äusserungen von Bührle-Stiftungs-Präsident Alexander Jolles. Eine «Ungeheuerlichkeit» findet die JVJP vor allem Jolles' Aussage, während des Zweiten Weltkriegs habe es keine staatliche Verfolgung in der Schweiz gegeben. «Tatsache ist, dass die jüdischen Gemeinden selbst für die Flüchtlinge aufkommen, dass ihre Mitglieder zur Finanzierung eine staatlich verordnete Pflichtsteuer leisten mussten», schreibt die JVJP in ihrem offenen Brief. Sie fordert Stadtpräsidentin Corine Mauch und das Kunsthaus zu einer öffentlichen Entschuldigung und zu internen Konsequenzen auf.

Corine Mauch will im Januar ihre Haltung darlegen

Stadtpräsidentin Corine Mauch will sich zu den Forderungen der jüdischen Organisationen und Miriam Cahns Abzugsankündigung vorerst nicht äussern: Sie stehe mit den jüdischen Organisationen «in einem stetigen und konstruktiven Austausch». Im Anschluss an die Medienkonferenz von vergangener Woche habe die Stadt ein Treffen zwischen dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und dem Präsidenten der Zürcher Kunstgesellschaft als Trägerin des Kunsthauses vermittelt. Dieses Treffen findet im Januar statt, teilt Mauch auf Anfrage mit.

Von Miriam Cahns Absicht, ihre Werke aus dem Kunsthaus zurückzuziehen, hat die Stadtpräsidentin gestern aus den Medien erfahren. Sie könne sich im jetzigen Zeitpunkt dazu nicht äussern. Den Bührle-Präsidenten Alexander Jolles will Mauch «persönlich auf seine Äusserungen ansprechen und ihm meine Haltung darlegen».

Antisemitismus habe in Zürich «keinen Platz», schreibt Corine Mauch. Zudem sei historisch belegt, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg keineswegs einfach ein «sicherer Hafen» für die Verfolgten des Naziregimes war. «Viele jüdische Flüchtlinge waren zur Weiterreise gezwungen, sie wurden teilweise interniert, waren oftmals lediglich «toleriert» und lebten häufig in wirtschaftlich prekären Situationen. Mit diesen dunklen Seiten unserer Geschichte müssen wir uns auseinandersetzen», so die Zürcher Stadtpräsidentin.

Kommentar

Miriam Cahns Abzugsversuch ist zu begrüssen

Die international renommierte Schweizer Künstlerin Miriam Cahn will ihre Werke aus dem Zürcher Kunsthaus abziehen. Das ist verständlich – nach den Ereignissen von vergangener Woche: Juden hätten während der Zeit des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz nicht um ihr Leben bangen müssen, erklärte Alexander Jolles, Präsident der Bührle-Stiftung, an einer Medienkonferenz.

Was Jolles sagte, war entlarvend: Neben all dem Leid des Zweiten Weltkriegs habe es in der Schweiz und anderswo auch noch «ordentlichen Handel» gegeben, meinte er. Insofern könne nicht jedes Geschäft mit jüdischen

Emigranten als verfolgungsbedingt erzwungen gelten.

Mit seinen Äusserungen verwandelte Jolles, in welcher Notlage und in welcher Angst die Juden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs lebten. Und wie dies unter anderem den Verkaufspreis von Kunstwerken bestimmt haben muss. Auch in der Schweiz.

Die Äusserungen des Bührle-Präsidenten stehen quer in unserer Zeit, in der die Verantwortung gegenüber der Geschichte des Nationalsozialismus auch im Kunstkontext verstärkt wahrgenommen wird. Etwa beim Kunstmuseum Bern, das zuletzt von sich aus

beschlossen hat, Werke aus der Gurlitt-Sammlung zurückzugeben, die ehemals jüdische Besitzer hatten.

Jolles' Auftritt vor den Medien war ein befremdliches Déjà-vu mit einer beschönigenden Geschichtsauffassung, die man zwei Jahrzehnte nach Abschluss des Bergier-Berichts endgültig überwunden glaubte.

Insofern ist es verständlich, dass jüdische Organisationen in Stellungnahmen äusserst scharf auf die Worte von Jolles reagierten. Und dass Miriam Cahn als Künstlerin und Jüdin ihre Werke nun nicht mehr in einem Museum zeigen will, dessen Trägerschaft einen

langjährigen Vertrag mit der Bührle-Stiftung eingegangen ist.

Cahn setzt mit ihrem Abzugsversuch das Kunsthaus, die Bührle-Stiftung und die Stadt Zürich unter Druck. Auch wenn der Abzug wohl kaum umgesetzt werden kann, weil ihr die Werke im Kunsthaus nicht mehr gehören. Der Protest der Künstlerin hat dennoch Signalwirkung. Und das ist zu begrüssen. Denn erfahrungsgemäss bewegt sich am grössten Schweizer Kunstmuseum in Sachen Aufklärung und Transparenz nur dann etwas, wenn in der Öffentlichkeit interveniert wird.

Andreas Tobler